

Antrag

der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Probleme bei dem Internetportal der Polizei Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob es in den letzten Monaten Probleme mit dem Internet-Informationsportal der Polizei *www.polizei-bw.de* gegeben hat, insbesondere ob die Seite vermehrt nicht zu erreichen war (mit Aufschlüsselung der Zeiten, an welchen die Seite seit 1. Januar 2012 nicht aufgerufen werden konnte);
2. wenn es zu vermehrten Ausfallzeiten gekommen ist, worauf diese dann jeweils zurückzuführen sind;
3. ob von diesen Ausfällen auch der E-Mail-Betrieb der Polizei in Baden-Württemberg betroffen war;
4. ob es in diesem Jahr Beschwerden seitens der Bürger, der Presse oder anderen Personen oder Organisationen gab, was die Erreichbarkeit der Seite anging;
5. ob es zutrifft, dass das Portal ein hauptsächliches Medium für das Zugänglichmachen von Medienmitteilungen für die Presse darstellt und falls ja, wie bei Ausfällen diese Informationen für Journalisten alternativ bereitgestellt werden;
6. warum auf der Seite unter der Rubrik „Polizeireform“ keine weitergehenden Informationen für die Standortentscheidungen aufgeführt sind, insbesondere, warum keine Darstellung der Bewertungskriterien und der bisherigen Bewertung und Gewichtung vorhanden ist (wie z. B. im Landesportal Baden-Württemberg *www.baden-wuerttemberg.de* für die Priorisierung für baureife Bundesfernstraßenprojekte geschehen);

7. wann in der Rubrik „Polizeireform“ unter „Geografischer Überblick“ die geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne aufgenommen werden und warum dies bisher noch nicht erfolgt ist;
8. ob Planungen bestehen, auf dem Portal für Bürger, Presse, Verbände und Polizeiangehörige die Möglichkeit zu schaffen, Hinweise und Eindrücke der geplanten Reform an dieser Stelle anzubringen und ggf. eine Diskussionsplattform einzurichten, die höhere Beteiligung und Transparenz der Entscheidungsprozesse gewährleisten könnte.

03.07.2012

Dr. Goll, Dr. Rülke, Dr. Bullinger, Haußmann, Glück FDP/DVP

Begründung

Berichten zufolge war das Portal *www.polizei-bw.de*, in welchem die Medienmitteilungen für Journalisten und die sonstige Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen, in diesem Jahr an zahlreichen Tagen nicht erreichbar. Es stellt sich die Frage, ob dies zutrifft, worauf die Störzeiten zurückzuführen sind und ob dies Einschränkungen der Kommunikation zur Folge hatte.

Zudem ist die Gestaltung des Bereichs zur geplanten Polizeireform auf selbiger Seite auf einem Stand, der Wünsche in Sachen Transparenz des Regierungshandelns offen lässt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. Juli 2012 Nr. 3-0222.3/87/1 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob es in den letzten Monaten Probleme mit dem Internet-Informationsportal der Polizei *www.polizei-bw.de* gegeben hat, insbesondere ob die Seite vermehrt nicht zu erreichen war (mit Aufschlüsselung der Zeiten, an welchen die Seite seit 1. Januar 2012 nicht aufgerufen werden konnte);*
- 2. wenn es zu vermehrten Ausfallzeiten gekommen ist, worauf diese dann jeweils zurückzuführen sind;*

Zu 1. und 2.:

Die Internet-Auftritte der Polizei werden im Rechenzentrum des Dienstleisters T-Systems GmbH auf der technologischen Systemplattform von service-bw betrieben. Dem zentralen Internet-Auftritt der Polizei (*www.polizei-bw.de*) sind dort auch die Internet-Auftritte der Dienststellen angeschlossen. Die monatlich erhobene Verfügbarkeit dieser Internet-Angebote liegt seit 1. Januar 2012 im Bereich zwischen 97,9 und 100 Prozent. In der nachstehenden Tabelle sind Ausfälle seit Januar 2012 von 5 Minuten und länger aufgelistet.

Von		Bis		Dauer
24.01.2012	10:33:10	24.01.2012	10:47:40	00:14:30
03.02.2012	23:08:23	03.02.2012	23:22:55	00:14:32
21.02.2012	16:28:26	21.02.2012	16:33:26	00:05:00
27.02.2012	14:43:36	27.02.2012	14:58:37	00:15:01
01.03.2012	13:23:40	01.03.2012	13:38:40	00:15:00
04.03.2012	06:14:14	04.03.2012	06:28:59	00:14:45
26.03.2012	22:54:29	27.03.2012	00:54:29	02:00:00
27.03.2012	07:44:59	27.03.2012	07:54:30	00:09:31
27.03.2012	14:55:01	27.03.2012	15:04:55	00:09:54
29.03.2012	18:04:34	29.03.2012	19:14:34	01:10:00
16.04.2012	09:10:48	16.04.2012	09:20:19	00:09:31
25.04.2012	13:00:36	25.04.2012	13:05:37	00:05:01
26.04.2012	15:15:37	26.04.2012	15:25:37	00:10:00
04.05.2012	19:51:18	04.05.2012	20:00:48	00:09:30
09.05.2012	13:06:27	09.05.2012	13:15:57	00:09:30
12.05.2012	15:51:01	12.05.2012	15:56:01	00:05:00
12.05.2012	16:01:01	12.05.2012	16:16:00	00:14:59
16.05.2012	10:16:04	16.05.2012	10:21:04	00:05:00
17.05.2012	10:11:05	17.05.2012	10:16:05	00:05:00
31.05.2012	00:42:32	31.05.2012	12:18:31	11:35:59
31.05.2012	13:24:30	31.05.2012	14:15:25	00:50:55
01.06.2012	11:32:25	01.06.2012	11:37:27	00:05:02
11.06.2012	11:22:37	11.06.2012	11:27:37	00:05:00
26.06.2012	22:43:39	26.06.2012	22:53:10	00:09:31
29.06.2012	04:54:03	29.06.2012	10:54:07	06:00:04

Aus dieser Auflistung wird deutlich, dass lediglich zwei längere, zusammenhängende Ausfälle am 31. Mai 2012 und am 29. Juni 2012 zu erheblichen Betriebsbeeinträchtigungen geführt haben. Diese stehen mit dem Ausfall einer zentralen Netzkompone nte im Rechenzentrum des Dienstleisters T-Systems GmbH in Zusammenhang. Von diesem waren alle Verfahren der Landesverwaltung im Rechenzentrum betroffen, was die Nichtverfügbarkeit sämtlicher Internet-Angebote der Landesverwaltung zur Folge hatte.

3. ob von diesen Ausfällen auch der E-Mail-Betrieb der Polizei in Baden-Württemberg betroffen war;

Zu 3.:

Der E-Mail-Betrieb der Polizei Baden-Württemberg läuft in einem vom Internet unabhängigen polizeilichen Netz in der Zuständigkeit des Informatikzentrums des Landes (IZLBW) und wird somit durch Ausfälle der Internet-Angebote nicht berührt.

4. ob es in diesem Jahr Beschwerden seitens der Bürger, der Presse oder anderen Personen oder Organisationen gab, was die Erreichbarkeit der Seite anging;

Zu 4.:

Bestandteil der polizeilichen Internetauftritte ist auch das „Presseportal“ als neuer polizeilicher Internetservice für Medienvertreter sowie der Bürgerinnen und Bür-

ger. Nach sporadisch aufgetretenen Betriebsbeeinträchtigungen im Zeitraum zwischen März und Ende Mai 2012 kam es zu Beschwerden einzelner Medienvertreter. Bürgerbeschwerden gab es nicht.

5. ob es zutrifft, dass das Portal ein hauptsächliches Medium für das Zugänglichmachen von Medienmitteilungen für die Presse darstellt und falls ja, wie bei Ausfällen diese Informationen für Journalisten alternativ bereitgestellt werden;

Zu 5.:

Das „Presseportal“ stellt ein zentrales Angebot für die polizeilichen Medienmitteilungen dar. Die Pressestellen der Polizeidienststellen haben aber nach wie vor die Möglichkeit, Pressemitteilungen per E-Mail an die vorhandenen Medien-Verteiler zu versenden.

6. warum auf der Seite unter der Rubrik „Polizeireform“ keine weitergehenden Informationen für die Standortentscheidungen aufgeführt sind, insbesondere, warum keine Darstellung der Bewertungskriterien und der bisherigen Bewertung und Gewichtung vorhanden ist (wie z.B. im Landesportal Baden-Württemberg www.baden-wuerttemberg.de für die Priorisierung für baureife Bundesfernstraßenprojekte geschehen);

Zu 6.:

Die Entscheidung über die künftigen regionalen Polizeipräsidien, ihre Standorte und deren Flächenzuschnitte wurde nach mehrwöchiger Prüfung polizeifachlicher Belange und wirtschaftlicher Aspekte unter Einbindung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft getroffen. Das Innenministerium hat die Notwendigkeit, die Ziele und die Bewertungskriterien der Standortentscheidungen bislang in zahlreichen landesweiten, regionalen und kommunalen Veranstaltungen und Gesprächen vorgestellt und mit den jeweiligen Teilnehmern konkret an spezifischen Fragestellungen intensiv diskutiert. Einzelne Standortentscheidungen der zukünftigen Polizeipräsidien wurden darüber hinaus in Landtagsanfragen und in Schreiben des Staats- und Innenministeriums an Mandatsträger ausführlich erläutert. Dadurch wurden die Bewertungskriterien der Standortentscheidungen transparent gemacht.

Der polizeifachliche Entscheidungsprozess über die geografischen Zuschnitte beruht unter anderem auf der Auswertung von Kriminalitätsdaten, Verkehrsunfallzahlen, Einsatzschwerpunkten, personal- und organisationsspezifischen Aspekten sowie regionalen Strukturdaten wie Einwohnerzahlen, Fläche, geo-/topografische Gegebenheiten und Daten zu Verkehrs- bzw. Pendlerströmen. Diese Parameter wurden bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe der Flächenzuschnitte und Standorte der Polizeipräsidien auf der Eingangsseite der Polizeireform (<http://www.polizei-bw.de/polizeireform/Seiten/default.aspx>) des Informationsportals der Polizei Baden-Württemberg (<http://www.polizei-bw.de>) dargestellt. Die Pressemitteilung des Staatsministeriums, die diese Entscheidungsparameter beinhaltet, wurde parallel zur Landespressekonferenz am 27. März 2012 im Informationsportal zur Verfügung gestellt.

7. wann in der Rubrik „Polizeireform“ unter „Geografischer Überblick“ die geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne aufgenommen werden und warum dies bisher noch nicht erfolgt ist;

Zu 7.:

Die Öffentlichkeit wurde durch die Pressemitteilung des Innenministeriums vom 5. Juni 2012 u. a. im Informationsportal der Polizei Baden-Württemberg am Tag der Bekanntgabe über die Standorte der Verkehrspolizeidirektionen informiert. Es ist vorgesehen, die Übersichtskarten unter Berücksichtigung noch ausstehender Standortentscheidungen bis spätestens zum Ende des vierten Quartals 2012 zu aktualisieren.

8. ob Planungen bestehen, auf dem Portal für Bürger, Presse, Verbände und Polizeiangehörige die Möglichkeit zu schaffen, Hinweise und Eindrücke der geplanten Reform an dieser Stelle anzubringen und ggf. eine Diskussionsplattform einzurichten, die höhere Beteiligung und Transparenz der Entscheidungsprozesse gewährleisten könnte.

Zu 8.:

Bereits unmittelbar nach Bekanntgabe der Eckpunkte und der Standorte der künftigen regionalen Polizeipräsidien wurden durch das Innenministerium die Notwendigkeit sowie die Ziele und Inhalte der Polizeireform umfassend vorgestellt und mit einer Vielzahl von Beteiligten diskutiert. So gab es bislang bereits über einhundertfünfzig kommunale, regionale und landesweite Veranstaltungen, Gespräche und Treffen mit Beteiligung der Hausspitze des Innenministeriums. Die Kommunalen Spitzenverbände mit ihren Organen wurden in unterschiedlichen Phasen des Reformprozesses mehrfach eingebunden. Darüber hinaus dokumentieren annähernd 300 Antwortschreiben des Innenministeriums an Bürger, Abgeordnete, Landräte, (Ober-)Bürgermeister, Polizeibeamte und Berufsvertretungen die Transparenz bei der Umsetzung der Polizeireform in Baden-Württemberg.

Im polizeilichen Intranet wurde ein Informationsportal zur Polizeireform eingerichtet, über das alle Beschäftigten der Polizei über die Reformschritte aktuell informiert werden. Die einzelnen Projekte sind in dieses Portal integriert. Dadurch erhalten die Projektverantwortlichen die Gelegenheit, zusätzlich zu den zahlreichen Gesprächen vor Ort, über den konzeptionellen Aufbau der regionalen Polizeipräsidien sowie der Zentralpräsidien zu berichten. Über wesentliche Meilensteine der Projektarbeit informiert das Innenministerium die Beschäftigten der Polizei zusätzlich mit einer „REFORMINFO“. Die Personalvertretungen werden überdies von den Projektbeauftragten in die Umsetzung der Reform kontinuierlich mit einbezogen.

Dem den Reformprozess begleitenden Lenkungsausschuss gehören beratende Mitglieder der polizeispezifischen Berufsvertretungen an.

Das Innenministerium hat bereits mehrere Möglichkeiten zur Kommunikation über das Internet geprüft und bewertet, zieht aber bei diesem komplexen Reformvorhaben mit unterschiedlichen Betroffenen sowie spezifischen und teilweise regional begrenzten Themenkomplexen im Ergebnis die persönliche Kommunikation einem Diskussionsforum im Internet vor.

Gall

Innenminister